Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/2949

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die

156. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 20. Januar 1965

157. Sitzung des Deutschen Bundestages am Donnerstag, dem 21. Januar 1965

158. Sitzung des Deutschen Bundestages am Freitag, dem 22. Januar 1965

I. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

Abgeordnete **Frau Dr. Diemer-Nicolaus**

Wie viele Sendungen werden von Bundespost und Bundesbahn durchschnittlich jährlich auf Grund von § 3 des Verbringungsgesetzes den Hauptzollämtern zur Nachprüfung vorgelegt, ob sie Gegenstände enthalten, die unter Verstoß gegen ein Strafgesetz, das ihre Einfuhr oder Verbreitung aus Gründen des Staatsschutzes verbietet, in die Bundesrepublik verbracht werden sollen?

II. Geschäftsbereich des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen

II. 1. Abgeordnete **Frau Dr. Kiep-Altenloh**

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um den Gemeinden an der Zonengrenze genügend Hilfen zu geben, den erfreulich großen Besucherstrom richtig zu betreuen?

II. 2. Abgeordnete **Frau Dr. Kiep-Altenloh**

Erscheint der Bundesregierung die Einschaltung und entsprechende Ausbildung des Bundesgrenzschutzes für die in Frage II/1 bezeichneten Aufgaben als zweckdienlich?

II. 3. Abgeordneter **Dr. Mommer**

Wann hat der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen im Kabinett Vorschläge zu einer Deutschland-Initiative der Bundesregierung gemacht?

III. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

III. 1. Abgeordneter **Reichmann**

Wie beurteilt die Bundesregierung das Verhalten Frankreichs, das zur gleichen Zeit, als sich die Bundesregierung in Brüssel zu großen Opfern bereit erklärte, die besonders Frankreich zugute kommen, die Zustimmung zu einer Viermächteerklärung zur Deutschlandfrage verweigerte?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

III.	2. Abgeordneter **Moersch** *)	Ist damit zu rechnen, daß Großbritannien in Kürze die 15%ige Erhöhung der Einfuhrzölle wieder rückgängig macht?
III.	3. Abgeordneter **Moersch** *)	Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, auf die britische Regierung im Sinne einer Rückgängigmachung der Zollmaßnahmen einzuwirken?
III.	4. Abgeordnete **Frau Dr. Hubert**	Sind die Schwierigkeiten rechtsförmlicher Art, die nach Auskunft von Staatssekretär Carstens vom 14. März 1963 der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde für das Europäische Übereinkommen über die vorübergehende zollfreie Einfuhr von medizinischem, chirurgischem und Laboratoriumsmaterial inzwischen ausgeräumt worden?
III.	5. Abgeordneter **Rollmann**	Treffen Pressemeldungen zu, wonach nach einer Entscheidung des Auswärtigen Amts Studenten aus Entwicklungsländern, die ihr Studium im Ostblock abgebrochen haben und in der Bundesrepublik fortsetzen wollen, künftig ihren Botschaften zum Zwecke der Heimschaffung überstellt und, soweit dieser Weg nicht zum Erfolg führt, abgeschoben werden sollen?
III.	6. Abgeordneter **Rollmann**	Ist es nicht begrüßens- und unterstützenswert, wenn Studenten aus Entwicklungsländern, die im Ostblock studieren, nach Einsicht in das dortige System sich dazu entschließen, den Ostblock zu verlassen, um ihr Studium in der freien Welt und auch in der Bundesrepublik fortzusetzen?
III.	7. Abgeordneter **Rollmann**	Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, die in Frage III/5 genannte Entscheidung des Auswärtigen Amts zu revidieren?
III.	8. Abgeordneter **Bading**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß die einzige in Kairo bestehende deutschsprachige Buchhandlung von der Stillegung bedroht ist, da die ägyptische Staatsbank die von der Buchhandlung eingezahlten Rechnungsbeträge nicht an die Verleger transferiert und diese infolgedessen nicht mehr bereit sind, die Buchhandlung zu beliefern?
III.	9. Abgeordneter **Bading**	Was hat die Bundesregierung bisher getan, und was gedenkt sie in Zukunft zu tun, um die Existenz der deutschsprachigen Buchhandlung in Kairo als einer für die deutsche Kulturpolitik in Ägypten außerordentlich wertvollen Einrichtung zu sichern?

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

III. 10. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Wuppertal)**

Was hat die Bundesregierung unternommen, um die Stillegung der deutschen Buchhandlung in Kairo zu verhindern (siehe Bericht „Die deutsche Buchhandlung in Kairo von der Stillegung bedroht" in der FAZ vom 5. Januar 1965, S. 5)?

III. 11. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Wuppertal)**

Welche deutschen Leistungen gegenüber Ägypten könnten in Frage gestellt werden, um die ägyptische Staatsbank zu veranlassen, ihre auf Grund der Zahlungen der deutschen Buchhandlung rückständigen Devisenverpflichtungen zu erfüllen?

III. 12. Abgeordneter **Paul**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um herbeizuführen, daß bei den in der Bundesrepublik in großer Auflage verkauften Karten zugunsten des Weltkinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF), das nach dem Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1965 außerdem — was unbestritten ist — wiederum mit 6 000 000 DM bedacht werden soll, auch ein Text in deutscher Sprache eingeführt wird?

III. 13. Abgeordneter **Faller**

Sind der Bundesregierung die Vorwürfe bekanntgeworden, die gegen das vor allem von deutschen Spenden getragene Amazonas-Hospital in Pucallpa (Peru) bzw. gegen dessen Leiter, Dr. med. Theodor Binder, in der deutschen bzw. in der peruanischen Öffentlichkeit erhoben wurden?

III. 14. Abgeordneter **Faller**

Hat die Bundesregierung auf diplomatischem Wege Berichte über die Stichhaltigkeit der in Frage III/13 erwähnten vor allem gegen Dr. Binder erhobenen Vorwürfe erhalten oder angefordert?

III. 15. Abgeordneter **Faller**

Was vermag die Bundesregierung zu tun, um die in Frage III/13 bezeichnete Angelegenheit in der deutschen und peruanischen Öffentlichkeit eindeutig zu klären?

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

IV. 1. Abgeordnete **Frau Dr. Hubert**

Bezugnehmend auf die Antwort der Bundesregierung vom 25. Juni 1964 (Stenographischer Bericht der 135. Sitzung S. 6716 D) frage ich die Bundesregierung, welche Erkenntnisse inzwischen aus dem sechstägigen Bunkertest im Juni 1964 mit einer ausgewählten Personengruppe gewonnen worden sind.

IV. 2. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Welche Weisungen wird der Bundesinnenminister den von seinem Hause entsandten Mitgliedern des Beirats der Stiftung „Preußischer Kulturbesitz" erteilen, damit die Krise um die Neubesetzung der Stelle des Generaldirektors der Stiftung „Preußischer Kulturbesitz" möglichst bald überwunden wird?

IV. 3. Abgeordneter **Hübner**

Ist der Bundesinnenminister bereit, Maßnahmen zu treffen, um denjenigen noch in der Eingangsgruppe des höheren Dienstes der Länderverwaltungen stehenden ehemaligen Richtern eine Beförderungsmöglichkeit zu verschaffen, die sich im Zuge der Unterbringung nach dem Gesetz zu Artikel 131 GG seinerzeit mangels freier Richterstellen bereit erklärt hatten, in den Verwaltungsdienst überzutreten und die damit von der automatischen Beförderung der Richter nach Erreichen der 9. Altersstufe ausgeschlossen worden sind?

IV. 4. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Ist der Bundesinnenminister bereit, über den Umfang und über das Ziel des „einer amerikanisch geleiteten Gesellschaft erteilten Forschungsauftrages zur Feststellung der mutmaßlichen Kosten der deutschen Zivilverteidigung" („Die demokratische Gemeinde", Bonn) sowie über den Zeitpunkt der Vorlage des Ergebnisses Näheres mitzuteilen?

IV. 5. Abgeordneter **Jahn**

Trifft es zu, daß die Bitte des Doktoranden Dieter Wischermann an das Bundeskriminalamt, ihm Zahlenmaterial für eine wissenschaftliche Arbeit zur Verfügung zu stellen, zu einer polizeilichen Überprüfung des Doktoranden geführt hat?

IV. 6. Abgeordneter **Jahn**

Beabsichtigt die Bundesregierung, den Entwurf eines Gesetzes über die Einführung eines amtlichen Personenkennzeichens vorzulegen?

V. Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

V. 1. Abgeordneter **Dr. Arndt (Berlin)**

Trifft die Behauptung des Defence Committee for victims of Nazi persecution (London) zu, daß der Wiedergutmachungs-Senat des Bundesgerichtshofs seit 3 Jahren Verfahren, in denen Rechtsanwalt Dr. R. Weyl (Düsseldorf/London) Prozeßbevollmächtigter des Verfolgten ist, unbearbeitet läßt?

V. 2. Abgeordneter **Dr. Arndt (Berlin)**

Wird die Bundesregierung im Einvernehmen mit den Ländern dafür sorgen, daß alle Gerichtsakten der Strafverfahren wegen nationalsozialistischer Verbrechen — jeweils nach Eintritt der Rechtskraft — an zentraler Stelle, wie z. B. einem Archiv oder einem wissenschaftlichen Institut, so gesammelt werden, daß sie der Auswertung durch die Forschung als Quelle zugänglich sind?

V. 3. Abgeordneter **Jahn**

Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag des Deutschen Richterbundes und des Senators für Justiz in Berlin, ein zentrales Institut zur Fortbildung der Richter und Staatsanwälte (Richterakademie) zu errichten?

V. 4.	Abgeordnete **Frau Dr. Diemer-Nicolaus**	In welchem Umfang halten die Staatsanwaltschaften Beschlagnahmen aufrecht, die auf Grund von § 3 des Verbringungsgesetzes durch die Hauptzollämter erfolgten?
V. 5.	Abgeordnete **Frau Dr. Diemer-Nicolaus**	Wie viele strafrechtliche Verfahren werden auf Grund der in Frage V/4 genannten Beschlagnahmen durchschnittlich jährlich durchgeführt?
V. 6.	Abgeordneter **Busse**	Trifft es zu, daß sich der Leiter der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Verfolgung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen seit Jahren vergeblich um die Abstellung eines Beamten des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung für die Öffentlichkeitsarbeit der Zentralen Stelle bemüht hat?
V. 7.	Abgeordneter **Busse**	Falls Frage V/6 bejaht wird: Welche Gründe waren dafür maßgebend, daß dem Wunsch des Leiters der Zentralen Stelle nicht stattgegeben wurde?
V. 8.	Abgeordneter **Busse**	Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß eine ausreichende Aufklärung der deutschen und der Weltöffentlichkeit über die umfangreiche Ermittlungstätigkeit der Zentralen Stelle eine Fehlbeurteilung der Verfolgung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen in Deutschland und im Ausland vermieden hätte?
V. 9.	Abgeordneter **Dr. Kohut**	Wie viele Ermittlungsverfahren in politischen Strafsachen sind in der Bundesrepublik Deutschland anhängig?
V. 10.	Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert**	Ist der Bundesjustizminister bereit, auf der nächsten Justizministerkonferenz dafür einzutreten, daß zukünftig die Justizminister und -senatoren der Bundesländer in ihren Voraussetzungen und Auswirkungen möglichst einheitliche Weihnachtsgnadenerlasse erarbeiten, damit Härtefälle zum Nachteil von Strafgefangenen, die ihre Ursache in der inhaltlichen Verschiedenheit der Gnadenerlasse der Bundesländer haben, vermieden werden?

VI. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

VI. 1.	Abgeordneter **Richarts**	Ist der Bundesregierung bekannt, in wieviel Fällen das Hauptzollamt Prüm in den letzten Jahren wegen Vor- bzw. Überlieferung von Heizöl Steuerbescheide erlassen und Strafverfahren anhängig gemacht hat?
VI. 2.	Abgeordneter **Richarts**	Sind — bei Bejahung der Frage VI/1 — der Bundesregierung der gesamte Betrag der in diesem Zusammenhang erlassenen Steuerbescheide und die Zahl der im gleichen Zusammenhang anhängigen und abgewickelten Strafverfahren bekannt?

VI.	3. Abgeordneter **Richarts**	Ist die Bundesregierung — bei Bejahung der Fragen VI/1, 2 — bereit, dem Parlament diese Zahlen zu nennen?
VI.	4. Abgeordneter **Holkenbrink**	Ist die Bundesregierung bereit, die einzelnen in Frage VI/1 genannten Fälle zu überprüfen, um festzustellen, inwieweit im Rahmen des Ermessungsspielraums und im Rahmen der Möglichkeit des Steuererlasses aus Billigkeitsgründen vom Hauptzollamt Prüm in diesem Zusammenhang Gebrauch gemacht wurde?
VI.	5. Abgeordneter **Holkenbrink**	Billigt die Bundesregierung das Verfahren des Hauptzollamtes Prüm, besonders in Fällen, in denen keine Steuerverkürzungen eingetreten sind?
VI.	6. Abgeordneter **Holkenbrink**	Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um solche Aktionen eines Hauptzollamtes wie die in Frage VI/1 genannten in Zukunft zu verhindern?

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

VII.	1. Abgeordneter **Fritsch**	Ist die Bundesregierung bereit, durch die Errichtung bundeseigener Einrichtungen im Zonenrand- und Grenzgebiet und durch die Vergabe von Aufträgen des Bundes, z. B. auf dem Sektor künstlerischer Arbeiten, der bisherigen Benachteiligung dieser Gebiete entgegenzuwirken?
VII.	2. Abgeordneter **Lautenschlager**	Ist die Bundesregierung bereit, die im Bundeshaushalt eingestellten Mittel für Frachthilfen, z. B. für die bayerischen Zonenrandgebiete, zu erhöhen?
VII.	3. Abgeordneter **Lautenschlager**	Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Frachthilfe in der Weise verbessert wird, daß Unternehmen, die Frachthilfe erhalten, davon gleich wieder einen Teil in Form von Steuern abführen müssen?

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

VIII.	1. Abgeordneter **Reichmann**	Wie beurteilt die Bundesregierung die Schlußfolgerung des französischen Staatspräsidenten am 16. Dezember 1964, daß durch die Brüsseler Beschlüsse „sich für die französische Landwirtschaft ein neuer erweiterter Markt in voller Expansion" eröffne?
VIII.	2. Abgeordneter **Wächter**	Was veranlaßte die Bundesregierung, den Interventionspreis für Butter auf 6,78 DM pro Kilo festzusetzen?

VIII. 3. Abgeordneter **Wächter**

Sieht die Bundesregierung in der nach Artikel 4 der Änderung der Butterverordnung vorgesehenen Angabe über das Datum der Ausformung der Butter nicht eine weitere Wettbewerbserschwernis gegenüber konkurrierenden Nahrungsfetten?

VIII. 4. Abgeordneter **Wächter**

Besteht in den übrigen EWG-Ländern eine Pflicht zur offenen Angabe des Ausformungsdatums der von ihnen erzeugten Butter?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

IX. 1. Abgeordnete **Frau Rudoll**

Ist der Bundesregierung die Erhebung eines katholischen Jugendverbandes bekannt, wonach die 14- bis 15jährigen Mädchen zu 47,8% — bei den angehenden Verkäuferinnen gleichen Alters zu 68% — über die vorgeschriebene gesetzliche Arbeitszeit von 40 Stunden arbeiten?

IX. 2. Abgeordnete **Frau Rudoll**

Weiß die Bundesregierung, daß nach der in Frage IX/1 genannten Erhebung auch die 16- bis 17jährigen Mädchen erheblich über 44 Stunden beschäftigt werden?

IX. 3. Abgeordnete **Frau Rudoll**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die in Fragen IX/1, 2 genannte Mißachtung des Gesetzes zu verhindern?

IX. 4. Abgeordneter **Maucher**

Liegt auf Grund der angeordneten Aktenüberprüfung bei der Versorgungsverwaltung für die Kriegsopfer schon ein Ergebnis vor, wobei festgestellt werden kann, in wieviel Fällen Versorgungsleistungen zu Unrecht gezahlt wurden?

IX. 5. Abgeordneter **Maucher**

Ist nicht der Verwaltungsaufwand für die in Frage IX/4 genannte Aktenüberprüfung erheblich höher als das praktische Ergebnis?

IX. 6. Abgeordneter **Maucher**

Ist das Bundesarbeitsministerium bereit, mit dem Bundesrechnungshof darüber zu verhandeln, daß bis zum Abschluß der Durchführung des Zweiten Neuordnungsgesetzes die in Frage IX/4 genannte Aktenüberprüfung ausgesetzt wird?

IX. 7. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Teilt die Bundesregierung die in den „Sozialpolitischen Informationen des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung" vom 26. November 1964 auf Seite 4 geäußerte Meinung, daß vermögenswirksame Leistungen in handwerklichen und Dienstleistungsbetrieben mit hohem Lohnanteil durch Überwälzung auf die Preise finanziert werden könnten?

IX. 8. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert**

Ist dem Bundesarbeitsminister bekannt, daß trotz der Verordnung über das Verbot der Beschäftigung von Personen unter 21 Jahren mit sittlich gefährdenden Tätigkeiten vom 3. April 1964 (BGBl. I S. 262) weibliche Personen unter 21 Jahren nach wie vor in Lokalen und Bars beschäftigt werden, und zwar nicht als Tanzdamen, Eintänzerinnen, Tischdamen oder Bardamen, sondern unter den Berufsbezeichnungen „Kellnerin", „Serviererin" oder „Bedienung"?

IX. 9. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert**

Ist der Bundesarbeitsminister bereit, den § 1 Abs. 1 und 2 der in Frage IX/8 genannten Verordnung dahin gehend zu ändern, daß grundsätzlich allen weiblichen Personen unter 21 Jahren jegliche Beschäftigung in sittlich gefährdenden Lokalen untersagt wird?

IX. 10. Abgeordneter **Strohmayr**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß einzelne Landesversicherungsanstalten, etwa die LVA Oberbayern, sich weigern, bei Rentenberechnungen die Zeiten vor 1926 anzurechnen, wenn der Versicherte vor dieser Zeit auch nur einen Tag in Österreich gearbeitet hat?

IX. 11. Abgeordneter **Strohmayr**

Was vermag die Bundesregierung in den durch das in Frage IX/10 geschilderte Verfahren besonders bei Sudetendeutschen bedingten Härtefällen zu tun, etwa in dem Fall einer Witwe, der 24 Jahre Versicherungszeit nicht angerechnet werden, weil der Ehemann im Jahre 1918 vier Monate in Wien gearbeitet hat?

IX. 12. Abgeordneter **Dröscher**

Hält es die Bundesregierung für vertretbar und mit dem Gedanken der Rechtsstaatlichkeit für vereinbar, wenn auf einem am 6. März 1961 gestellten Antrag nach einer Ablehnung durch die LVA von dem Sozialgericht in erster Instanz am 9. Mai 1962 die Rente ab 1. März 1961 zugesprochen wurde, dann am 23. Juli 1962 von der Anstalt beim Landessozialgericht Mainz Berufung eingelegt wurde und bis heute über das Verfahren noch nicht entschieden ist, obwohl dem Antrag vom 30. August 1962, die Vollstreckung des Urteils zur Zahlung der Rente im Wege der einstweiligen Anordnung auszusetzen, zwischenzeitlich entsprochen wurde und daher dem Versicherten die nach einem gerichtlichen Urteil ab 1. März 1961 zustehende Rente wegen Berufsunfähigkeit fast 4 Jahre danach immer noch nicht gezahlt werden kann, wie dies im Falle des Jakob Julius Jung, Waldböckelheim, geschieht?

IX. 13. Abgeordneter **Frehsee *)**

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der Landschaftsgartenbau in die gesetzliche Regelung zur Förderung der ganzjährigen Beschäftigung in der Bauwirtschaft einbezogen werden soll?

**) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

IX. 14. Abgeordneter **Frehsee *)**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung der beteiligten Berufsverbände, daß die Einbeziehung des Landschaftsgartenbaus in die in Frage IX/13 genannte Regelung durch Ergänzung der 8. DVO zum AVAVG erfolgen kann?

IX. 15. Abgeordneter **Frehsee *)**

Warum hat die Bundesregierung bzw. der Bundesarbeitsminister über den Antrag der Berufsverbände des Landschaftsgartenbaus auf Einbeziehung in die gesetzlichen Winterbauförderungsmaßnahmen noch nicht entschieden, und bis wann ist mit seiner Entscheidung zu rechnen?

X. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

X. 1. Abgeordneter **Fritsch *)**

Ist die Bundesregierung bereit, das Kreiswehrersatzamt Straubing mit Rücksicht auf dienstliche Erfordernisse, die Arbeitsmarktlage und im besonderen die Grenzlandsituation in Straubing zu belassen?

X. 2. Abgeordneter **Dr. Kohut**

In welchen Ländern außerhalb der Bundesrepublik Deutschland sind militärische Ausbilder oder Berater der Bundeswehr tätig?

X. 3. Abgeordneter **Dr. Kohut**

Ist es üblich, Zivilisten, die als Verwaltungsangestellte bei der Bundeswehr arbeiten, Wehrpässe mit Gestellungsbefehl, Erkennungsmarken, Uniform, Gasmasken, Tornister auszuhändigen?

XI. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

XI. 1. Abgeordneter **Folger**

Ist die Bundesregierung bereit, in Kürze sogenannte Wechselkennzeichen für Kraftfahrzeuge einzuführen, so daß mehrere Fahrzeuge abwechselnd mit einem Kennzeichen gefahren werden können, wie sich das z. B. in der Schweiz ausgezeichnet bewährt hat?

XI. 2. Abgeordneter **Dr. Eppler**

Trifft die Mitteilung des baden-württembergischen Innenministeriums zu, wonach der Plan für die generelle Linienführung der Umgehung von Freudenstadt im Zuge der Bundesstraßen 28 und 294 bereits vorliegt?

XI. 3. Abgeordneter **Dr. Wahl**

Hat die Bundesregierung geprüft, ob die Aufgabe des Staates, die der Bevölkerung drohenden Verkehrsgefahren abzuwenden, nicht auch eine Vorschrift rechtfertigen könnte, die zur Verringerung der Verkehrsunfälle den Fußgängern bei Dunkelheit das Tragen lichtreflektierender oder wenigsten heller Kleidungselemente zur Pflicht machen würde?

**) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

XI. 4.	Abgeordneter **Dr. Wahl**	Könnte man nicht wenigstens versuchen, durch einen großzügigen Werbefeldzug eine der Anregung in Frage XI/3 entsprechende Änderung der Bekleidungssitten herbeizuführen?
XI. 5.	Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**	Entspricht es den Tatsachen, daß die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen vom Sonntagsfahrverbot in der Hauptreisezeit 1965 stark eingeschränkt werden soll?
XI. 6.	Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**	Welche Ergebnisse bezüglich einer Harmonisierung von Maßen und Gewichten von Lastkraftwagen innerhalb der EWG haben die letzten diesbezüglichen Verhandlungen ergeben?
XI. 7.	Abgeordneter **Reichmann**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Deutsche Bundesbahn beabsichtigt, die Bahnstrecken Neustadt (Schwarzwald) — Bonndorf und Hintschingen — Oberlauchingen stillzulegen?
XI. 8.	Abgeordneter **Dr. Mommer**	Sind die Schiffahrtsabgaben für die Fahrgastschiffahrt auf dem Neckar für das Jahr 1965 erhöht worden?
XI. 9.	Abgeordneter **Fritsch**	Ist die Bundesregierung bereit, die Verkehrsverhältnisse im Bayerischen Wald durch einen weiteren Ausbau der B 85 auf der Strecke zwischen Regen und Passau zu verbessern?
XI. 10.	Abgeordneter **Josten**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß auf der Bundesbahnstrecke Andernach—Mayen—Gerolstein alte Wagen Verwendung finden, bei denen die Lichtanlagen vollkommen ungenügend sind?
XI. 11.	Abgeordneter **Josten**	Bis wann können die Fahrgäste der in Frage XI/10 genannten Eifelstrecke mit einer besseren Ausstattung von Personenwagen rechnen?
XI. 12.	Abgeordneter **Müller (Nordenham)**	Ist der Bundesverkehrsminister bereit und in der Lage, die an der Unterweser bei Blexer Hörne innerhalb der Mitteltide-Hochwassergrenze auf Strand gesetzten Schiffswracks in absehbarer Zeit zu beseitigen?
XI. 13.	Abgeordneter **Müller (Nordenham)**	Trifft es zu, daß die Bundsbahndirektion Hannover entgegen anders lautenden Erklärungen der Bundesregierung auf der Strecke Hude—Blexen ab Sommerfahrplan 1965 statt der jetzt täglich verkehrenden 46 Personenzüge nur noch 23 Personenzüge einsetzen wird?
XI. 14.	Abgeordneter **Müller (Nordenham)**	Was hat die Bundesregierung an Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit an Kreuzungen von Eisenbahn und Straßen getan, nachdem das Eisenbahnkreuzungsgesetz am 1. Januar 1964 in Kraft getreten ist?

XI. 15. Abgeordneter **Strohmayr**

Was hat die Bundesregierung bei der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn unternommen, um Verhandlungen über die Einführung des „Eurailpasses“ für Europäer zu veranlassen, wie dies vom Bundesverkehrsminister vor einem Jahr angekündigt wurde?

XII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung

XII. 1. Abgeordneter **Riedel (Frankfurt)**

Welche Erfahrungen hat die Bundesregierung mit der Förderung der Althaussanierung gemacht?

XII. 2. Abgeordneter **Riedel (Frankfurt)**

Sieht die Bundesregierung in der Ausweitung des Althaussanierungsprogramms eine echte Hilfe für die Beschaffung modernen Wohnungsbestandes zum marktgerechten Ausgleich des Wohnungsfehlbedarfs?

XII. 3. Abgeordneter **Nick**

Trifft es zu — wie im DGB-Nachrichtendienst vom 7. Januar 1965 behauptet wird —, daß eine für das Gebiet des Wohnungswesens geplante Repräsentativerhebung auf den Herbst 1965 verlegt werden soll, weil die Bundesregierung eine schnelle und umfassende Feststellung der wirklichen Wohnungssituation in der Bundesrepublik vermeiden will?

XII. 4. Abgeordneter **Nick**

Ist eine eventuelle Verlegung der in Frage XII/3 bezeichneten Repräsentativerhebung deshalb erfolgt, um keine Möglichkeit zu bieten, in den am 1. Juli 1965 weiß gewordenen Kreisen Fehler der Defizitberechnung zu korrigieren und nach Angaben des DGB festgestellte Mängel des Abbaugesetzes für die Wohnungswirtschaft abzustellen?

XII. 5. Abgeordneter **Nick**

Hält die Bundesregierung den Vorwurf des DGB, daß sie es fahrlässig versäumt hat, während der Übergangsjahre zum freien Wohnungsmarkt genügend Feststellungen zu treffen, die eine einwandfreie Beurteilung der Auswirkungen der Mietfreigabe und der Einführung des freien Kündigungsrechts zugelassen hätten, für begründet?

XIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

XIII. 1. Abgeordnete **Frau Dr. Hubert**

Bis wann kann mit der Vorlage von Gesetzentwürfen zur Ratifizierung des Europäischen Übereinkommens zur gegenseitigen Hilfe auf dem Gebiet medizinischer Spezialbehandlung und heilklimatischer Hilfsmittel sowie des Europäischen Übereinkommens über den Austausch von Testsera zur Blutgruppenuntersuchung gerechnet werden, die nach Auskunft

des Bundesministeriums für Gesundheitswesen vom 1. März 1963 — Drucksache IV/1023 — in Kürze erfolgen sollte?

XIII. 2. Abgeordneter **Dr. Bechert**

In welcher Weise sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, im Rahmen der Gesetzgebungskompetenz des Bundes den Empfehlungen der Föderation „Europäischer Gewässerschutz" zur Frage „Gewässerschutz und Raumordnung" auch im Gebiet der Bundesrepublik Geltung zu verschaffen?

XIII. 3. Abgeordneter **Logemann**

Weiß die Bundesregierung, daß die in den letzten Jahren bestimmend gewesene Theorie, der Herzinfarkt sei eine Folge zu großen Fettverzehrs, seit einigen Monaten heftig umstritten ist?

XIII. 4. Abgeordneter **Logemann**

Ist die Bundesregierung bereit, neuesten wissenschaftlichen Kenntnissen entsprechend dem Beispiel der USA zu folgen und in der Bundesrepublik den Herstellern von Pflanzenölprodukten Werbeslogans wie „reich an ungesättigten Fettsäuren" oder „cholesterinarm", die in der Bevölkerung bezüglich Vorbeugung oder gar Heilung von Herz- und Arterienerkrankungen falsche Hoffnungen erwecken, zu verbieten?

XIII. 5. Abgeordneter **Logemann**

Welche Mittel sind bisher in der Bundesrepublik für die Fettforschung zur Verfügung gestellt worden?

XIII. 6. Abgeordneter **Dr. Hamm (Kaiserslautern)**

Sieht die Bundesregierung nach dem derzeitigen Stand der Verhandlungen über die erste EWG-Richtlinie zur Angleichung der Rechtsvorschriften für pharmazeutische Erzeugnisse die Möglichkeit, den vom Bundestag beschlossenen deutschen Standpunkt zu wahren?

XIII. 7. Abgeordneter **Dr. Hamm (Kaiserslautern)**

Könnte, wenn Frage XIII/6 verneint wird, der Nachteil einer dann erforderlichen grundlegenden Systemänderung im deutschen Arzneimittelrecht vermieden werden, wenn deutscherseits ein europäisches Registrierungs- oder Genehmigungsverfahren neben den nationalen Regelungen vorgeschlagen wird?

Bonn, den 15. Januar 1965